



JAHRESBERICHT DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ 2004

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Die DEZA ist die schweizerische Agentur für internationale Zusammenarbeit. Sie gehört zum Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Die DEZA führt eigene Programme durch, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und beteiligt sich an der Finanzierung von Aktivitäten schweizerischer und ausländischer Hilfswerke. Die wichtigsten Aktionsbereiche sind

- bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- humanitäre Hilfe, mit dem Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH)
- Zusammenarbeit mit Osteuropa.

Die DEZA sichert zudem die Gesamtkoordination der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe mit anderen zuständigen Bundesämtern.

Sie beschäftigt rund 1'700 Personen im In- und Ausland. Im Jahr 2005 beträgt das Jahresbudget 1.29 Milliarden Franken. Direktor der DEZA ist Botschafter Walter Fust.

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)

Das seco ist das Kompetenzzentrum der Schweizer Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit im seco setzt die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen der Schweiz zugunsten der Entwicklungs- und Transitionsländer um. Hauptziel ist die Verminderung der Armut. Dies soll durch die bessere Integration dieser Länder in die Weltwirtschaft, die Förderung der Marktwirtschaft und die verstärkte Mobilisierung privater Ressourcen erreicht werden. Gemeinsam mit der DEZA trägt das seco die Verantwortung für die multilaterale Finanzhilfe.

Das seco gehört zum Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD), das seit 2003 Bundesrat Joseph Deiss untersteht. Es wird von Staatssekretär Jean-Daniel Gerber geleitet, der im April 2004 die Nachfolge von David Syz antrat. Die Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt 55 Personen und hat für 2005 ein Jahresbudget von 242 Millionen zur Verfügung. Sie steht unter der Leitung von Botschafter Oscar Knapp, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge.

4

DAS MANDAT

5

AKTIVITÄTEN 2004

Multilaterale Zusammenarbeit

6

AKTIVITÄTEN 2004

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

8

AKTIVITÄTEN 2004

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

9

AKTIVITÄTEN 2004

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Transitionsländern

10

AKTIVITÄTEN 2004

Humanitäre Hilfe

12

STATISTIKEN 2004

23

JAHRESKONFERENZEN



Walter Fust



Jean-Daniel Gerber

Editorial

Die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) stand 2004 im Mittelpunkt der internationalen Debatte. Die Geberländer verdoppelten ihre Bemühungen zu einer besseren Koordination und zur Harmonisierung ihrer Hilfsverfahren. Schon jetzt zeigt sich, dass 2005 für die Entwicklungszusammenarbeit zu einem Schlüsseljahr wird. Die von Jeffrey Sachs geleitete Expertengruppe zur Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen für die Erreichung der Millenniumsziele legte ihren Bericht im Januar vor. Er wirft zahlreiche Fragen auf, die in nächster Zeit geklärt werden müssen.

Im September sollen am «Millennium+5-Gipfel» die in den letzten fünf Jahren erzielten Fortschritte und die zur Konkretisierung des Konsensus von Monterrey gefassten Massnahmen erörtert werden. Dann wird sich zeigen, was bis 2015 noch getan werden muss. Um die MDGs zu erreichen, ist es von grosser Bedeutung, dass die Entwicklungsländer ihre Fiskal- und Wirtschaftspolitik in Ordnung bringen und ihre Strategien im Kampf gegen die Armut konsequent umsetzen. Die Industriestaaten ihrerseits müssen ihre Versprechen in Bezug auf die Erhöhung der offiziellen Entwicklungsgelder einhalten und die Entwicklungsdimension in die DOHA-Welthandelsrunde einbeziehen. Laut der Agenda 2005 dürften ausserdem intensivere Diskussionen über die zur Finanzierung der Entwicklung vorgeschlagenen Innovationsmechanismen geführt werden. Die Schweiz wird ihre Position dazu einbringen müssen.

Bei all diesen entwicklungspolitischen Debatten darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass das Los von Millionen von Menschen auf dem Spiel steht. Die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wird an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gemessen. Nur so werden wir wissen, ob wir auf dem richtigen Weg sind und den Millenniumszielen näher kommen.

Walter Fust,
Botschafter,
Direktor der DEZA

Jean-Daniel Gerber,
Staatssekretär,
Direktor des seco



Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

Seit 1999 setzte die Schweiz jährlich zwischen 1.46 und 1.74 Milliarden Franken für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungs- und Transitionsländern ein. Zwei Bundesämter koordinieren die internationale Entwicklungszusammenarbeit im Auftrag des Bundes: Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco).

Alle Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit zielen darauf ab, die Lebensbedingungen der am meisten benachteiligten Menschen dieser Welt zu verbessern. Die DEZA setzt bei ihrer Arbeit vor allem auf die Schwerpunkte Konfliktbewältigung, soziale Entwicklung, gute Regierungsführung, Förderung wirtschaftlicher Strukturen sowie Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Dabei strebt sie stets die Stärkung der Eigeninitiative in den Partnerländern an. Die DEZA und das seco unterstützen die Länder Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beim Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Finanzhilfe. Eine weitere Aufgabe der DEZA ist die humanitäre Hilfe. Über das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) lässt sie den Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten direkte Hilfe zukommen.

Das seco seinerseits formuliert die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und setzt diese auch um. Sein Ansatz baut dabei auf folgende Achsen: Durch die Förderung der Marktwirtschaft wird in den Partnerländern ein nachhaltiges und dauerhaftes Wachstum erwirkt. Die

Unterstützung der Reformen in diesen Ländern stärkt ihre Integration in die Weltwirtschaft. Und die zunehmende Mobilisierung von Privatressourcen trägt zum Entwicklungs- und Transitionsprozess bei. Das seco ist der wichtigste Akteur in der Schweizer Entschuldungsstrategie.

Während die humanitäre Hilfe überall dort geleistet wird, wo sie dringend nötig ist, konzentriert sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA auf 17 Schwerpunktländer und -regionen und auf 7 Spezialprogramme. Dabei steht immer die Nachhaltigkeit im Zentrum. Die Arbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf 9 Schwerpunktländer und 2 Regionalprogramme. Auf multilateraler Ebene arbeitet die DEZA mit Organisationen der UNO, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen.

Die DEZA steuert ihre Aktivitäten vor Ort von gut 50 Vertretungen aus. 2004 war sie in rund 1'000 Projekten aktiv. Insgesamt sind etwa 550 Personen in der Schweiz und im Ausland für die DEZA tätig, dazu kommen 1'150 lokale Angestellte. Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe kann auf rund 700 einsatzbereite Personen zählen. 2004 konnten dank diesem Pool 346 Einsätze im Ausland durchgeführt werden.

Das seco beschäftigt im Bereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit 55 Mitarbeitende. Sie sind verantwortlich für die Verwendung der vorhandenen Mittel. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der DEZA und dem seco sorgt für Effizienz, Synergien und Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes.

Beispiel: Die Errungenschaft von Kairo wahren

1994 wurde an der internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo ein Aktionsplan für die nächsten 20 Jahre verabschiedet, der die Verbesserung der reproduktiven und sexuellen Gesundheit zum Ziel hat. In einem gespannten politischen Klima wurden 2004 die bis zur Halbzeit erzielten Fortschritte überprüft. Um eine von den Vereinigten Staaten geforderte Neuaushandlung des Plans zu verhindern, hatten die meisten anderen Länder auf eine weltweite Folgekonferenz verzichtet. Stattdessen wurden mehrere regionale Treffen durchgeführt, an denen bekräftigt wurde, dass man sich an den Konsens von Kairo halten wolle. Die Schweiz trug viel zu diesem Prozess bei. So beherbergte Genf im Januar das «Forum européen sur la population».

2004 belief sich die Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) – infolge Beschluss des Bundesrates vom Mai 2005 – auf 1.9 Milliarden Franken, das sind 0.41 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die von der DEZA und vom seco für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzten Mittel machen den grössten Teil der Schweizer APD aus.

Die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) sind Referenzrahmen für die internationale Gemeinschaft und somit auch für die Schweiz. In den Partnerländern koordiniert die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ihre Aktivitäten mit den betreffenden Regierungen und den anderen Geldgebern, wobei sie sich auf die Rahmenstrategien zur Armutsbekämpfung (CSLP) stützt. Die DEZA veröffentlichte 2004 unter dem Titel *Perspektiven schaffen für ein Leben in Würde* ihre Prinzipien für die Armutsbekämpfung. In einem weiteren Papier mit dem Titel *Mainstreaming HIV/AIDS in practice* spricht sie sich für den systematischen Einbezug der Aidsproblematik in all ihre Tätigkeiten aus.

Das Jahr 2004 stand für die DEZA im Zeichen des Wissens, einem wesentlichen Motor der Entwicklung. An der «Dare to Share Fair» in Bern tauschten Partnerorganisationen aus über 30 Ländern ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus. Auf diesen Markt des Wissens folgte eine Konferenz zum Erwerb von Wissen über die Grenzen hinaus.

Multilaterale Zusammenarbeit

Armut, Flüchtlingsströme, Umweltzerstörung und Aids machen an den Staatsgrenzen nicht Halt. Die grossen Herausforderungen unserer Zeit sind allgegenwärtig und verlangen eine koordinierte Reaktion der internationalen Gemeinschaft. Deshalb setzt sich die Schweiz für ein starkes multilaterales System ein, das komplexe Probleme bewältigen und internationale Normen festlegen kann. Sie beteiligt sich aktiv an den wichtigsten Fonds und Programmen der UNO, den internationalen Finanzinstitutionen sowie an zahlreichen Foren und Netzwerken von strategischer Bedeutung. Rund 23 Prozent der APD gehen in die multilaterale Zusammenarbeit.

Die DEZA und das seco beendeten 2004 die Ausarbeitung ihrer neuen Strategie für die multilaterale Zusammenarbeit. Darin definierten sie ihre Ziele für Themen wie Auswahl der Partner oder Beteiligung am multilateralen Dialog. Gleichzeitig nahmen die beiden Ämter die Veröffentlichung einer Reihe von Aktionslinien in Angriff, die ihre Zusammenarbeit mit den wichtigsten multilateralen Akteuren festlegen. Im Weiteren wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, um die multilaterale Zusammenarbeit in der Schweizer Öffentlichkeit besser bekannt zu machen.

Die Schweiz und die MDGs

Am Millenniumsgipfel im Jahr 2000 wurden die Grundlagen für einen neuen Vertrag zwischen reichen und armen Ländern gelegt. Dieser histori-

sche Pakt leitete einen Zyklus von internationalen Konferenzen zur Frage der Entwicklung ein. Nach Doha, Monterrey, Johannesburg und Rom folgte 2004 die Konferenz von Marrakesch, an der die Partner der Entwicklungszusammenarbeit beschlossen, ihre Arbeit auf Resultate auszurichten.

Wie die anderen Länder auch wird die Schweiz den Vereinten Nationen 2005 einen Bericht über ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele vorlegen. Im Hinblick darauf hat die DEZA 2004 begonnen, über die Voraussetzungen für eine grössere Wirksamkeit ihrer Programme nachzudenken. Sie leitete eine Überprüfung ihres thematischen und regionalen Portefeuilles ein. Übrigens hatte der Entwicklungshilfeausschuss der OECD nach einer Evaluation der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit bereits im Jahr 2000 eine Konzentration ihrer Hilfe empfohlen. Im Hinblick auf die Peer Review von Anfang 2005 verfassten die DEZA und das seco ein Memorandum, das die Umsetzung der jüngsten Empfehlungen zusammenfasst.

Finanzierung der Entwicklung

Die Finanzierung der MDGs bereitet weltweit Sorgen. Zwischenevaluationen zeigten, dass es den meisten Entwicklungsländern nicht gelingen wird, diese Ziele zu erreichen, sollte der gegenwärtige Trend anhalten. Man geht davon aus, dass die APD verdoppelt, also um 50 Milliarden Dollar jährlich erhöht werden müsste.





Die Feststellung dieses Unvermögens lancierte die internationale Diskussion über die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen neu. Die Frage wurde an einem im September 2004 auf Initiative der Präsidenten Frankreichs und Brasiliens einberufenen Weltgipfel in New York beraten. Sie wurde im Oktober auch vom Entwicklungsausschuss der Weltbank aufgenommen. Die Schweiz hat sich sehr aktiv an den intensiven Diskussionen beteiligt, die im Verlauf des Jahres 2005 weitergeführt werden, insbesondere im Hinblick auf den «Millennium+5-Gipfel» von Mitte September. Zu den zum vertieften Studium vorgelegten Vorschlägen gehören die Förderung von freiwilligen Beiträgen, die Ausgabe von Sonderziehungsrechten und Massnahmen der internationalen Besteuerung wie die Einführung einer Umweltabgabe.

Der Privatsektor mobilisiert sich

Wie die Staaten sind auch die Unternehmen Verpflichtungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung eingegangen. Über 1'800 Firmen sind bereits dem im Jahr 2000 von der UNO lancierten Global Compact beigetreten. Sie verpflichten sich, eine Reihe sozialer, ethischer und umweltbezogener Prinzipien zu respektieren. Im Juni 2004 nahm die Schweiz am ersten Gipfeltreffen des Global Compact teil, an welchem ein Korruptionsverbot neu auf die Liste der Prinzipien gesetzt wurde.

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor hat in der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Platz inne. Die DEZA und

das seco wollen die Synergien nutzen, die aus öffentlich-privaten Partnerschaften entstehen. So haben sie sich mit der Rückversicherungsgesellschaft Swiss Re zusammengetan, um Instrumente auszuarbeiten, die das Engagement und die Leistung der privaten Akteure im Bereich Trinkwasser und Siedlungshygiene erhöhen sollen. Diese Initiative wird im Rahmen eines internationalen Dialogs zwischen allen betroffenen Akteuren realisiert. Sie wurde im April 2004 anlässlich des 12. Treffens der Kommission für nachhaltige Entwicklung in New York vorgelegt.

Um die Art der von ihr empfohlenen Partnerschaft zu illustrieren, veröffentlichte die DEZA die Broschüre *Sanitation is a business*. Konkrete Beispiele zeigen, dass Siedlungshygiene, etwas vom Wichtigsten im Kampf gegen die Armut, auch ein zukunftsträchtiger Markt ist, vor allem für lokale Unternehmen.

Zinsverbilligte Darlehen

2004 wurden die Geldgeber aufgefordert, die Wiederauffüllung von drei Fonds auszuhandeln, die den ärmsten Ländern zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse gewähren: die Internationale Entwicklungsagentur der Weltbank sowie die von der afrikanischen und der asiatischen Entwicklungsbank verwalteten Fonds für zinsverbilligte Darlehen. Die Beiträge an die beiden erst genannten sind erst 2005 bekannt. Für die asiatische Entwicklungsbank hat der Bundesrat im Dezember einen Betrag von 53.02 Millionen Franken für den Zeitraum 2005–2008 angekündigt.

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

Fünf Staaten Mitteleuropas und die drei baltischen Republiken traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union (EU) bei. Knapp dreizehn Jahre nach Auflösung der Sowjetunion haben sie ihren Reformprozess praktisch beendet. Diese spektakuläre Entwicklung ist ein Erfolg der internationalen Zusammenarbeit, die den Übergang der früheren kommunistischen Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft unterstützte. Auf der Basis von 3 seit 1990 verabschiedeten Rahmenkrediten setzte die Schweiz über 3 Milliarden Franken in Osteuropa ein. Ihre Hilfe ging zunächst an die 8 Länder,

die heute EU-Mitglieder sind. Ab Mitte der 90er Jahre verlagerte sie sich auf diejenigen Regionen mit schwerwiegenden Rückschlägen im Transformationsprozess: Südosteuropa und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Am 12. Mai 2004 kündigte der Bundesrat an, dass er den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt im neuen Europa mit einer Milliarde Franken unterstützen werde. Der auf fünf Jahre verteilte Beitrag soll in Form eigener Schweizer Projekte geleistet werden. Die genauen Modalitäten stehen noch nicht fest.

Verlängerung des Kredits

2004 hatte das Parlament über zwei Botschaften des Bundesrates zur Zusammenarbeit mit dem Osten zu befinden. Eine empfahl einen vierten Programmkredit in der Höhe von 800 Millionen Franken für 2004–2008. Bei der zweiten ging es um eine neue gesetzliche Basis, welche den zeitlich begrenzten Bundesbeschluss von 1995 ersetzen sollte. Bis zur Klärung des Verhältnisses zwischen Schweizer Ostzusammenarbeit und Kohäsionsleistungen an die erweiterte EU zog das Parlament eine Übergangslösung vor: Es verzichtete vorläufig auf die Diskussion des Gesetzesentwurfs, verlängerte die Dauer des dritten Rahmenkredits um 2 Jahre und stockte ihn um 400 Millionen Franken auf.

Dank diesem Beschluss konnte die Zusammenarbeit in jenen Regionen weitergeführt werden, die noch weitgehend von der internationalen Hilfe abhängig sind. Die DEZA und das seco sind in 9 Schwerpunktländern aktiv und führen 2 Regionalprogramme durch. Rund 70 Prozent ihrer Hilfe gehen an Südosteuropa und 30 Prozent an die GUS.

Die Staatsmacht dezentralisieren

Zur nächsten EU-Beitrittswelle 2007 dürften Rumänien und Bulgarien gehören. Die Schweiz hilft ihnen bei den institutionellen Reformen, die zur Erfüllung der europäischen Kriterien nötig sind.

Die Reformprozesse sind im westlichen Balkan viel weniger weit fortgeschritten, da dieser noch immer unter den Folgen der Konflikte der 90er Jahre leidet. Die DEZA und das seco setzen vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Verbesserung der Basisinfrastrukturen, die Wiedereingliederung der Flüchtlinge, den Schutz der Minderheiten und die Stärkung bürgernaher staatlicher Institutionen. Die Dezentralisierung der Staatsmacht ist in allen Ländern der Region eine Priorität. So unterstützen in Mazedonien

mehrere Schweizer Projekte die Umsetzung des Abkommens von Ohrid. Dieses setzte Ende 2001 den ethnischen Ausschreitungen ein Ende und schrieb einen Dezentralisierungsprozess sowie eine gerechte Vertretung der albanischen Minderheit in den Staatsinstitutionen vor. Im Kosovo, das noch immer unter UNO-Verwaltung steht, befasst sich ein wichtiger Teil des Programms mit der Reform des Wassersektors.

Gute Regierungsführung

Die aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten entwickelten sich in unterschiedlichem Tempo. Nach zehn Jahren Zusammenarbeit beschloss die Schweiz, ihre Aktivitäten wieder auf Russland zu konzentrieren. 2005 wird sie ein Spezialprogramm einleiten, das auf gute Regierungsführung, verantwortungsvolle Unternehmen und humanitäre Hilfe setzt, vor allem im Nordkaukasus. Die Ukraine grenzt nun an die EU, doch ihre Strukturen sind, trotz den Veränderungen im Dezember 2004, noch sehr weit von westlichen Normen entfernt. Auch hier ist die gute Regierungsführung eine Priorität für die Schweiz.

Die starken Spannungen, die im Südkaukasus andauern, behindern die Entwicklungsbemühungen. Sowohl in Armenien wie in Georgien und Aserbaidschan lebt über die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut. 2004 wurde das Schweizer Programm einer Zwischenevaluation unterzogen. Diese bestätigte ein regionales Vorgehen, das sich auf gute Regierungsführung, die Verbesserung der Infrastrukturen, die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Entwicklung im Privatsektor konzentriert.

Auch in Zentralasien wird eine regionale Strategie angewandt. Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan sind nach wie vor von der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise geprägt, die sich nach ihrer Unabhängigkeit einstellte. 2004 setzte sich die Schweiz in dieser Region insbesondere für die Harmonisierung der Hilfe ein.



Beispiel: Sieg der Demokratie in der Ukraine

Nachdem zwei von Wahlbetrug geprägte Urnengänge für ungültig erklärt worden waren, konnten die Ukrainer am 26. Dezember 2004 endlich auf demokratische Weise ihren Präsidenten wählen. Von Anfang an war die Schweiz aktiv, um die Durchführung von freien und transparenten Wahlen sicherzustellen. Mit ihrer Unterstützung mobilisierte und sensibilisierte die lokale Stiftung «Europa 21» die Wählerinnen und Wähler. Unabhängige Medienleute konnten objektive Sendungen machen und in verschiedenen Radiostationen Diskussionen organisieren. Die DEZA beteiligte sich finanziell an der Durchführung von Wählerumfragen nach der Abstimmung. Und ein Schweizer Kontingent war bei jedem Urnengang Teil der in die Ukraine entsandten internationalen Wahlbeobachter.



Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

2004 konzentrierte sich die Schweiz auf 17 Schwerpunktländer oder -regionen, in 7 Ländern wurde ein Spezialprogramm durchgeführt. Wegen der Budgetbeschränkungen des Bundes kann diese Liste zur Zeit nicht ausgebaut werden. Jedes nationale Programm enthält drei Einsatzbereiche aus den fünf Schwerpunktthemen der DEZA: Krisenprävention und -bewältigung, gute Regierungsführung, Schaffung von Arbeit und Einkommen, Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Mittelmeerbecken und Lateinamerika

Die DEZA beschloss 2004, das Spezialprogramm in Palästina neu auszurichten, das sie nach den Abkommen von Oslo als Beitrag zum Friedensprozess erarbeitet hatte. Die neue Strategie ist besser an die weiterhin gespannte Situation angepasst und ist auf Konfliktbewältigung ausgerichtet. Von 1998 bis 2004 leistete die Schweiz einen Beitrag an die Reform der Justiz für Minderjährige im Libanon. Dank diesem Projekt konnten die Zahl inhaftierter Jugendlicher und die Dauer der Präventivhaft verringert werden. Es soll auch in Jordanien zur Anwendung kommen.

Lateinamerika verzeichnete wieder Wachstum, die Einkommen sind allerdings nach wie vor ungleich verteilt. An einem im Mai 2004 von der DEZA organisierten Seminar in Quito studierten Fachleute und Entwicklungspraktiker zusammen Strategien, die auf lokaler Ebene Arbeit und Einkommen schaffen sollen. Ihr Gedankenaustausch bestätigte vor allem die Vorteile der «Wert-

schöpfungskette». Dieses Vorgehen berücksichtigt alle Aktivitäten, die nötig sind, bis ein Produkt zum Endverbraucher gelangt. Die Dezentralisierung, in allen Ländern der Region im Gange, eröffnet auf wirtschaftlichem Gebiet zahlreiche Perspektiven. Die DEZA ermutigt die Behörden und die lokale Wirtschaft, ihre gemeinsamen Interessen zu wahren und die von diesem Prozess ausgehende Verantwortung voll und ganz zu übernehmen.

Süd- und Ostasien

Der Trend zur Dezentralisierung ist auch im indischen Subkontinent sehr ausgeprägt. Die DEZA nutzt dies, um die lokale Regierungsführung und den Einbezug der Bevölkerung zu stärken. Weitere Prioritäten sind die Konfliktlösung, der Kampf gegen Diskriminierung und die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressourcen.

Drei Jahre nach dem Sturz der Taliban hat die Schweiz begonnen, ihre humanitären Aktivitäten in Afghanistan zu reduzieren, um mehr Mittel für Wiederaufbau und Entwicklung einsetzen zu können. Während einer Übergangsphase bis 2007 wird beides nebeneinander weitergeführt. Ein ähnlicher Prozess geht in der Mongolei, Ende der 90er Jahre von einer Klimakatastrophe heimgesucht, seinem Abschluss entgegen. Anfang 2004 wurde ein Kooperationsbüro eröffnet.

In der vietnamesischen Stadt Nam Dinh erzielte das Schweizer Projekt «One Stop Shops» grossen Erfolg. Die Regierung beschloss 2004, dieses System von Anlaufstellen, die zahlreiche administrative Dienste vereinigen, auf das ganze Land auszudehnen. Das Internationale Jahr des

Beispiel: Öffentlich-private Partnerschaft gegen die Jugendarbeitslosigkeit

In Südafrika sind nahezu die Hälfte der Menschen zwischen 15 und 30 Jahren arbeitslos. Im Kampf gegen dieses Phänomen hat die DEZA die Swiss South African Cooperation Initiative lanciert. Zehn in Südafrika aktive Schweizer Multis finanzieren zusammen während fünf Jahren mit einer Million Franken pro Jahr die Berufsbildung benachteiligter Jugendlicher. Noch einmal so viel setzt die DEZA ein. Fast 2'500 Arbeitslose konnten bereits profitieren. Nach ihrer Ausbildung fanden 71 Prozent Arbeit als Angestellte oder machten sich selbständig. 285 haben ihr eigenes Kleinunternehmen gegründet, 120 davon erhalten eine Unterstützung, mit der sie ihrerseits junge Arbeitslose einstellen können.

Reises zeigte die positiven Auswirkungen eines anderen von der Schweiz finanzierten Projekts: Zwei Millionen vietnamesische Reisbauern folgten den Empfehlungen eines Forschungskonsortiums und konnten so den Einsatz von Pestiziden und Dünger beträchtlich verringern.

Westliches und südliches Afrika

Die fünf Schweizer Schwerpunktländer in Westafrika blieben politisch stabil, trotz der Krisenherde von der Casamance bis zur Elfenbeinküste. Die DEZA unterstützte weiterhin landwirtschaftliche und handwerkliche Berufsorganisationen, die zu unverzichtbaren Ansprechpartnern wurden. Beträchtliche Fortschritte wurden in der Grundschulausbildung und Alphabetisierung erzielt. In Burkina Faso werden die zweisprachigen Schulen, welche die Landessprachen aufwerten, auf das ganze Land ausgedehnt.

Im Oktober 2004 beteiligte sich die Schweiz an der Organisation einer Konferenz in Genf, an der Fachleute über den Aufbau von Frieden und Entwicklung im Osten der Demokratischen Republik Kongo debattierten. Zudem entschied sich die DEZA für ein Regionalkonzept für die Grossen Seen, welches das Spezialprogramm für Ruanda ablösen wird.

Das gleiche Vorgehen wurde auch für das südliche Afrika gewählt. Ende 2004 wurde das Spezialprogramm für Südafrika, nach der Aufhebung der Apartheid eingeführt, in ein Regionalprogramm umgewandelt, das sich auf grenzüberschreitende Probleme konzentrieren wird. In dieser Region bleibt der Kampf gegen Aids eine absolute Priorität. Neben ihren Projekten der Sensibilisierung und psychosozialen Unterstützung hat die DEZA damit begonnen, antiretrovirale Behandlungen zu finanzieren, insbesondere in Mosambik.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Transitionsländern

Der Leistungsbereich «Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit» des seco hat den Auftrag, die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen umzusetzen, die ungefähr 15 Prozent der Öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz (APD) ausmachen. Im Bestreben nach Wirksamkeit und Kohärenz konzentriert das seco seit 2002 seine Hilfe auf eine begrenzte Anzahl Partner in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. 2004 verringerte sich die Zahl der Schwerpunktländer von 28 auf 26. Sie soll im Laufe der nächsten Jahre schrittweise auf 18 abgebaut werden.

Zur Erreichung seines Hauptziels, der Reduzierung der Armut in den Entwicklungs- und Transitionsländern, nutzt das seco die Möglichkeiten der Marktkräfte. Es fördert ein starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in seinen Partnerländern und unterstützt deren Integration in die Weltwirtschaft. Dazu dienen vor allem die Handels- und Investitionsförderung, die Schaffung eines für Wachstum und Privatinitiative günstigen Umfelds, die Finanzierung von Basisinfrastrukturen und die Zusammenarbeit mit den multilatera-

len Entwicklungsbanken. Das seco hat 2004 begonnen, Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann in all seinen Aktivitäten zu integrieren.

Neue Strategien

Die Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit hat 2004 die Agenda 2010 für die Armutsbekämpfung übernommen. In diesem neuen Grundsatzdokument werden die Politiken sowie die zusätzlichen Aktivitäten und Initiativen festgehalten, die umgesetzt werden müssen, um einen effizienteren Schweizer Beitrag zu den Millenniumszielen zu gewährleisten. Bei den konkreten Massnahmen sieht das seco unter anderem vor, seine Aktivitäten stärker dem Strategischen Rahmen der Armutsbekämpfung anzugleichen und seine Praktiken besser mit jenen der anderen Geber zu harmonisieren.

Eine zweite Strategie, ebenfalls 2004 ausgearbeitet, legt die Richtlinien für die Budgethilfe fest. Dieses Instrument macht zur Zeit nur 3 Prozent der Schweizer APD aus, aber es wird mehr





und mehr angewendet. Nach den neuen Prinzipien richtet sich die Budgethilfe nach den Fortschritten der Empfängerländer bei den Reformen und im Kampf gegen die Armut. Sie wird über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren geleistet. Die Schweiz nimmt aktiv am politischen Dialog teil, den die Geber mit den Partnerregierungen führen, um einen Katalog von Reformen auszuarbeiten und die Leistungskriterien festzulegen. Die Fortschritte werden jedes Jahr überprüft.

Diese Prinzipien kamen bei zwei im Jahr 2004 abgeschlossenen bilateralen Verträgen zum Tragen. Die Schweiz hat sich verpflichtet, Mosambik während dreier Jahre eine Budgethilfe von 30 Millionen und Tansania eine solche von 18 Millionen auszurichten. In beiden Ländern ist die Harmonisierung der internationalen Hilfe weit fortgeschritten. Die Schweiz hat viel zur Aufnahme eines politischen Dialogs und zur Einführung von Absprachemechanismen unter den Gebern beigetragen. Seit Mai 2004 hat sie ein Jahr lang den Vorsitz der Geldgebergruppe in Mosambik, der 14 europäische Länder und die Weltbank angehören.

Reis und Tropenhölzer

Im Rahmen seiner Unterstützung des gerechten Handels hat sich das seco 2004 verpflichtet, in der Schweiz das Internationale Jahr des Reises zu

thematizieren. Reis ist für ein Drittel der Weltbevölkerung ein Grundnahrungsmittel und ausserdem die einzige Einkommensquelle für Millionen von Reisbauern. Zu diesem Themenjahr hat sich das seco mit verschiedenen Wirtschaftsakteuren zusammengetan, um neue Programme zu lancieren, insbesondere in der Mekongregion. Dank seiner Hilfe können Reiskooperativen Nischenprodukte produzieren und vermarkten.

Tropenwälder sind ebenfalls eine unerlässliche Ressource für viele arme Gemeinschaften im Süden. Nur mit einer umweltfreundlichen Nutzung können dieses sozioökonomische Potenzial erhalten und die durch missbräuchliche Abholzung entstandene Entwaldung gebremst werden. Deshalb unterstützt das seco seit mehreren Jahren den Handel mit Tropenhölzern aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Unter seiner Federführung wurde 2004 ein Abkommen zwischen den Umweltverbänden WWF und Greenpeace Schweiz mit dem Verband Schweizerische Türenbranche (VST) unterschrieben, der für 30 Prozent der Einfuhren von Tropenholz verantwortlich ist. Der VST hat sich verpflichtet, in Zukunft nur noch Holz aus umweltfreundlicher Waldnutzung einzuführen. Im Juli empfing die Schweiz in Interlaken die Jahreskonferenz der Internationalen Tropenholzorganisation (ITTO). Die Teilnehmer beschlossen, 6 Millionen Dollar für neue Projekte zugunsten der Tropenwälder zu sprechen.

Humanitäre Hilfe

Die humanitäre Hilfe ist der konkreteste Ausdruck der Solidarität der Schweiz. Sie will vor allem den Menschen vor, während und nach Konflikten, Krisen, Natur- und technologischen Katastrophen helfen. Ihre vier Hauptaufgaben sind Nothilfe, Prävention, Wiederaufbau und Anwaltschaft für die

Opfer (*advocacy*). Für diesen letzten Bereich hat die DEZA 2004 Leitlinien ausgearbeitet, welche die Qualität dieser Aktivitäten verbessern sollen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kombiniert die Humanitäre Hilfe des Bundes den bilateralen mit dem multilateralen Ansatz. 2004 aktualisierte sie

Beispiel: Risikokapital für die asiatischen KMU

Das seco ist einer der wichtigsten Investoren des im März 2004 eröffneten Investitionsfonds ASEAN/China. Bei einem Kapital von 75 Millionen beläuft sich sein Beitrag auf 15 Millionen Dollar. Der Risikokapitalfonds soll kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in China und den 10 Ländern der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zugute kommen. Die Empfänger sind gut geführte Firmen, die ein hohes Wachstumspotenzial aufweisen und ihre Aktivitäten in Asien ausbauen wollen. Der Fonds ermöglicht es diesen KMU, in einem Markt mitten im Aufschwung ihre Stellung zu verbessern, und er hilft, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern der Region zu stärken.

ihre Strategien für diese beiden Instrumente, um sie an ein rasch wandelndes Umfeld anzupassen. Das Einsatzkonzept des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) berücksichtigt neue Herausforderungen wie die vermehrt auftretende Gewalt gegen das humanitäre Personal oder der zunehmende Einbezug der Streitkräfte in die humanitären Aufgaben. Die Schweiz setzt sich für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren ein. Das Konzept des multilateralen Engagements legt mehrere Ziele fest, darunter die Reduktion von Naturkatastrophen und eine verstärkte Koordination zwischen den verschiedenen humanitären Einsatzkräften.

Erdbeben und «vergessene Krisen»

2004 war das SKH in 59 Ländern oder Regionen im Einsatz. Das Jahr begann zwischen den Trümmern der iranischen Stadt Bam, wo am 26. Dezember 2003 ein Erdbeben fast 30'000 Todesopfer forderte. Der Nothilfe folgten technische Hilfe beim Wiederaufbau und andere, längerfristige Programme, insbesondere im medizinischen und sozialen Bereich. Auf den Tag genau ein Jahr nach dieser Tragödie kostete eine andere Erschütterung, diesmal ein Seebeben, über 300'000 Menschenleben in 11 Ländern rund um den Indischen Ozean. Die DEZA half in grossem Umfang und schnell. Nun wird sie mit ihrer Hilfe den Wiederaufbau von drei Fischerdörfern in Thailand und von Schulen in Sri Lanka ermöglichen.

Neben diesen von den Medien stark beachteten Katastrophen unterstützte die Schweiz weiterhin die Opfer «vergessener Krisen». So wurden 2004 12 Millionen Franken in der sudanesischen Region Darfur eingesetzt, wo dank der Unterzeichnung eines Waffenstillstands im April über 800'000 Flüchtlingen und Vertriebenen humanitäre Hilfe gebracht werden konnte.

Die DEZA kann das SKH auch in Situationen einsetzen, die nicht direkt mit dem traditionellen Auftrag des Korps zusammenhängen: Im November sicherte es die Evakuierung der Schweizerinnen und Schweizer aus der Elfenbeinküste, wo eine Welle der Gewalt gegen die europäischen Staatsangehörigen ausgebrochen war. Anfang September zeigte die Schweiz ihre Solidarität mit den Opfern der Geiselnahme in einer Schule in Beslan, in Nordossetien. Zunächst schickte sie zwei Ärzte zur Bedürfnisabklärung und unterstützte anschliessend 4 lokale Spitäler und finanzierte ein Zentrum für psychosoziale Rehabilitation.

Verstärkte Hilfe an die Palästinenser

Mit einem Drittel des Budgets der Humanitären Hilfe werden die Programme des SKH und die Beiträge an Schweizer Hilfswerke finanziert. Der Rest wird in der multilateralen Hilfe eingesetzt. Die wichtigsten Partner sind das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und mehrere UNO-Agenturen: das Hochkommissariat für Flüchtlinge (HCR), das Welternährungsprogramm (WFP), das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) sowie das UNO-Büro zur Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA). Die Schweiz hatte bis im Juni 2004 den Vorsitz in zwei Gebergruppen, beim OCHA und bei der ISDR (International Strategy for Disaster Reduction).

In Zusammenarbeit mit dem UNRWA organisierte die DEZA im Juni in Genf eine internationale Konferenz über die Zukunft der humanitären Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge. Das Treffen war ein Erfolg, versprachen doch die Delegierten von 91 Ländern und Organisationen, ihre Beiträge an das UNRWA zu erhöhen. Die Schweiz spricht sich seit langem für eine Erhöhung der Hilfe an die 4.1 Millionen im Nahen Osten verstreuten Flüchtlinge aus.



Beispiel: Grosse Hilfsoperation für die Opfer des Tsunami

Die Flutwelle vom 26. Dezember 2004 in Südasien war für die internationale Gemeinschaft, namentlich auch für die DEZA, eine logistische Herausforderung ohnegleichen. Innerhalb weniger Stunden schickte sie Expertenteams in die 5 am stärksten betroffenen Länder: Indonesien, Thailand, Sri Lanka, Indien und die Malediven. Von den für Nothilfe und die ersten Wiederaufbauarbeiten eingesetzten 25 Millionen Franken gingen 60 Prozent an bilaterale Projekte und 40 Prozent an die multilaterale Hilfe. Die Schweiz lieferte Material für die dringendsten Bedürfnisse, finanzierte die Unterbringung der Obdachlosen in lokalen Familien und beteiligte sich an der Wiederherstellung der Trinkwasserversorgungen.

Statistiken 2004

Übersicht

Öffentliche Hilfe an Entwicklungsländer (APD) und an Transitionsländer (AP)

■ Öffentliche Hilfe an Entwicklungs- und Transitionsländer	13
■ Entwicklung der APD der Schweiz	14
■ Multilaterale APD der Schweiz	15

Bilaterale Ausgaben DEZA/seco und APD

■ Geografische Aufteilung und nach Einkommenskategorien	16/17
---------------------------------------------------------	-------

Ausgaben DEZA/seco

■ DEZA – Humanitäre Hilfe	18
■ DEZA – Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit	19
■ seco – Bilaterale Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	20
■ DEZA/seco – Bilaterale Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	21
■ DEZA/seco – Partner	22

Einleitung

Der Begriff der **Öffentlichen Entwicklungshilfe** wurde Ende der 60iger Jahre vom Entwicklungshilfenausschuss (DAC) der OECD geschaffen mit dem Ziel, über ein internationales Instrument zu verfügen, das erlaubt, die Anstrengungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der armen Länder dieser Erde zu messen.

Die Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)

umfasst nach Definition der OECD alle Finanzströme, die

- aus dem öffentlichen Sektor stammen (Bund, Kantone, Gemeinden);
- vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen;
- zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen);
- für Entwicklungsländer und -regionen bestimmt sind (zurzeit 150) sowie für multilaterale Organisationen, die auf der OECD-Liste aufgeführt sind.

Die Öffentliche Hilfe (AP)

orientiert sich an den gleichen Kriterien, richtet sich aber an die Transitionsländer: Das sind 12 Länder Zentral- und Osteuropas sowie der GUS und 24 Länder oder Regionen, deren Entwicklung als «fortgeschrittener» betrachtet wird.

Um die Vergleichbarkeit und Transparenz der APD/AP-Leistungen sicherzustellen, hat der DAC umfangreiche statistische Richtlinien ausgearbeitet, welche die Berechnung der APD der Mitgliedsländer regeln. Seit mehr als 30 Jahren hat sich die Definition der APD nicht geändert, die Richtlinien jedoch werden periodisch angepasst, um den Interpretationsspielraum einzelner Berechnungsregeln einzuschränken und eine bessere Übereinstimmung der APD mit der Entwicklung der Instrumente der internationalen Zusammenarbeit zu gewährleisten.

So rechnet die Schweiz seit 2003 die Entschuldungsmassnahmen zugunsten von Entwicklungsländern, die im Rahmen des Pariser Klubs ausgehandelt werden, zur APD, ebenso neue Aktivitäten im Bereich der Friedensförderung und -entwicklung. Der Bundesrat entschied im Mai 2005, die anfallenden Kosten für Asylbewerber aus Entwicklungsländern während der ersten 12 Monate in der Schweiz zur APD zu zählen.

Für den internationalen Vergleich wird die APD in der Regel als Prozentsatz des Bruttonationaleinkommens (BNE) gemessen.

Institutionell gesehen umfasst die schweizerische APD/AP im Wesentlichen die Ausgaben der DEZA und des seco. Diese zwei Ämter sind zuständig für die Konzeption und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe, der technischen Ostzusammenarbeit und der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die APD schliesst aber auch Beiträge mehrerer anderer Bundesämter sowie von Kantonen und Gemeinden mit ein.

Verwendete Zeichen:

0.0 = Betrag ist kleiner als die Einheit

– = Betrag ist Null

.. = keine Angaben

Detaillierteres Zahlenmaterial publiziert die DEZA jährlich in der statistischen Broschüre «Aide de la Suisse aux pays en développement et aux pays en transition».

Tabelle 1

Öffentliche Hilfe der Schweiz an Entwicklungsländer (APD) und an Transitionsländer (AP) 2004 (Mio. Fr.)

	2004				2003	
	APD bilateral	APD multi-lateral	Total APD	Total AP	Total APD	Total AP
Bund	1'441.8	445.6	1'887.4	122.2	1'717.9	101.2
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)	872.6	378.8	1'251.3	45.9	1'272.5	42.3
Humanitäre Hilfe	239.0	30.8	269.9	11.0	263.2	9.5
Entwicklungszusammenarbeit	560.3	347.9	908.2	0.9	938.9	1.0
Zusammenarbeit mit Osteuropa und GUS	73.2	-	73.2	33.9	70.4	31.7
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	221.0	10.0	231.0	40.1	252.2	51.8
Entwicklungszusammenarbeit	146.2	10.0	156.2	-	160.0	-
Zusammenarbeit mit Osteuropa und GUS	64.5	-	64.5	40.1	52.2	51.8
Entschuldungsmassnahmen	10.2	-	10.2	-	40.0	-
Andere Bundesämter	348.2	56.9	405.0	36.2	193.2	7.1
Kantone und Gemeinden^{a)}	33.2	-	33.2	2.2	30.1	2.7
Total	1'475.0	445.6	1'920.5	124.4	1'748.0	103.9
APD in % des BNE			0.41 %		0.39 %	

a) Provisorische Angaben für 2004

Zum zweiten Mal innerhalb von 12 Jahren hat die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2004 das vom Bundesrat festgelegte Ziel von 0.4 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) erreicht und sogar überschritten. Während das Resultat 1992 (0.45%) mit dem Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods Institutionen zusammenhing, basiert es 2004 (0.41%) hauptsächlich auf einer anderen Berechnungsmethode der APD, welche die Kosten für Asylbewerber aus Entwicklungsländern in die APD mit einbezieht. Die totale APD, sie beläuft sich auf 1'920 Millionen, hat sich im Vergleich zu 2003 nominal um 9.9% erhöht. Ohne diese statistische Anpassung hätte die APD 0.37% des BNE erreicht.

Die Zusammensetzung der APD hat sich 2004 deshalb merklich verändert. Einerseits fiel der Anteil der DEZA und des seco an der APD auf 77% (2003 85%), andererseits nehmen die grossen traditionellen Hilfskategorien einen proportional bescheideneren Platz ein. Die Entwicklungszusammenarbeit DEZA/seco liegt bei 55%, die humanitäre Hilfe bei 14%, im Vergleich zu 63% resp. 15% im Jahr 2003. Die Zusammenarbeit mit den Ländern des Ostens, die als Entwicklungsländer gelten, behält ihren APD-Anteil (7%), die Beiträge anderer Bundesämter sowie von Kantonen und Gemeinden stiegen auf 23%, davon 12% aufgrund des Einbezugs der Asylkosten.

Grafik 1

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz nach Hilfskategorien 1990-2004 (Mio. Fr.)

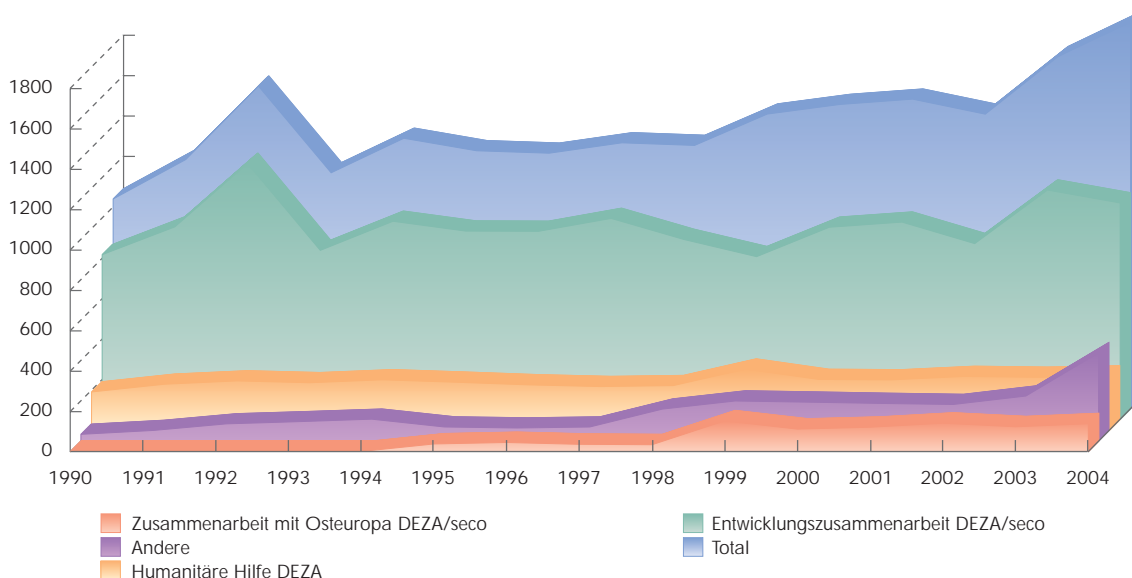


Tabelle 2

Entwicklung der APD und privaten Spenden der NGOs 1960–2004 (Milliarden Fr.)

	1960	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
APD	0.02	0.13	0.42	1.04	1.28	1.27	1.32	1.31	1.47	1.51	1.54	1.46	1.75	1.92
BNE ^{a)}	37.1	92.6	177.3	326.1	384.6	387.7	402.1	414.6	426.4	450.3	446.0	446.8	453.3	468.0
APD in % des BNE	0.04	0.14	0.24	0.32	0.33	0.33	0.33	0.32	0.34	0.34	0.34	0.33	0.39	0.41
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.58	1.67	2.43	3.46	3.16	2.89	2.99	2.81	3.21	3.21	3.06	2.88	3.50	3.74
Private Spenden der NGOs	..	0.05	0.11	0.15	0.22	0.23	0.23	0.25	0.28	0.27	0.32	0.30	0.38	..

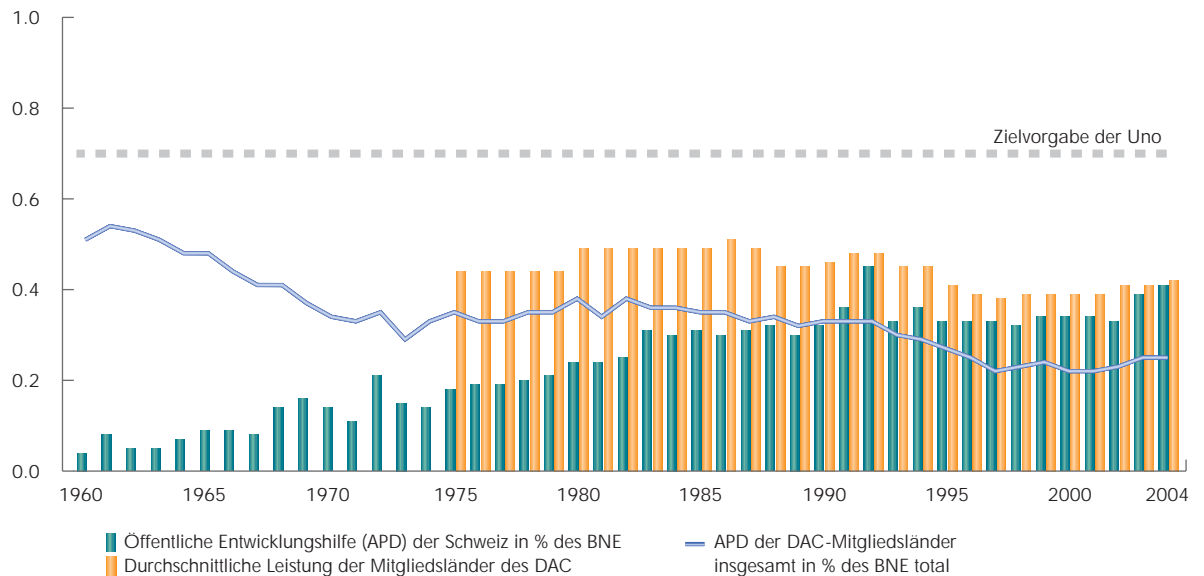
a) BNE seit 1995, BSP für die früheren Jahre. Bis 2001 definitive Zahlen, provisorische für 2002 (Bundesamt für Statistik). Für 2003 und 2004 Schätzungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

Gemessen in Prozenten des Bruttonationalproduktes (BNE), früher Bruttosozialprodukt (BSP), hat die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz bis 1990 regelmässig zugenommen und hat sich in den letzten 10 Jahren um 0.34% stabilisiert. In den letzten zwei Jahren hat sich das Wachstum der APD beschleunigt, in erster Linie aus statistischen Gründen, und lag 2004 bei 0.41%.

Die privaten Spenden an die Entwicklungsländer von Seiten der Hilfswerke und anderer gemeinnütziger Institutionen sind konstant gewachsen und erreichen 2004 0.08% des BNE. Die Nettoprivatspenden der NGOs (ohne die Beiträge des öffentlichen Sektors an diese Organisationen) betragen durchschnittlich 51 Franken pro Einwohner.

Grafik 2

APD in % des BNE der Schweiz und der Mitgliedsländer des DAC 1960–2004



Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Mitgliedsländer des Entwicklungshilfesausschusses (DAC) hat 2004 die noch nie da gewesene Höhe von 79 Milliarden US-\$ erreicht (vorläufige Zahlen). Dieses Total stellt 0.25% des globalen BNE der DAC-Mitgliedsländer dar, d.h. derselbe Stand wie 2003. Die durchschnittliche Leistung der DAC-Länder (durchschnittlicher Prozentsatz APD/BNE der einzelnen Länder) betrug 0.42%, d.h. 0.01% mehr als 2003. Mit 0.41% liegt die Schweiz unter den 22 DAC-Ländern in Prozenten des BNE auf Rang 8, in absoluten Zahlen gesehen auf Rang 15.

Tabelle 3

 Multilaterale APD
 der Schweiz 2004,
 allgemeine Bei-
 träge (Mio. Fr.)

	2004	2003
Organisationen der Vereinten Nationen	142.8	140.1
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	52.0	52.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	17.8	18.0
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	13.5	13.0
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	12.7	10.8
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	12.4	12.5
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	4.9	5.0
HIV/AIDS-Programm der UNO (UNAIDS)	4.2	4.0
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)	3.6	3.6
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) ^{a)}	3.2	2.8
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	2.2	2.2
UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO)	1.9	1.8
Organisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO), einschliesslich IIFE ^{a)}	1.6	2.0
Welternährungsprogramm (WFP)	1.5	1.5
UNO-Entwicklungsfonds für die Frauen (UNIFEM)	0.9	0.9
Freiwilligenprogramm der UNO (UNV)	0.6	0.6
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO ^{a)}	9.8	9.5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	255.6	285.2
Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)	1.7	1.8
Afrikanischer Entwicklungsfonds (AfDF)	35.8	71.6
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)	13.9	13.9
Interamerikanische Investitionsgesellschaft (IIC)	1.1	1.3
Internationale Entwicklungsagentur (IDA)	176.9	176.9
Fonds zugunsten hochverschuldeter armer Länder (HIPC)	5.0	4.9
Fazilität zur Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung des IWF (PRGF)	8.2	8.7
Treuhandfonds des Internationalen Währungsfonds (IWF)	5.9	6.0
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	7.1	-
Andere Institutionen	47.2	52.1
Globaler Umweltfonds (GEF)	17.1	17.7
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	11.5	10.8
Agence intergouvernementale de la francophonie (AIF)	4.5	4.3
Montreal-Protokoll über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen	3.9	4.0
Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM)	3.0	6.6
Internationales Handelszentrum der WTO (ITC)	2.4	-
International Center for Diarrhoeal Disease Research (ICDDR)	1.4	1.1
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)	1.3	0.7
Internationale Organisation für Migration (IOM)	0.9	1.0
Andere Institutionen	1.3	5.9
Total multilaterale APD	445.6	477.4

^{a)} Die allgemeinen Beiträge an gewisse Organisationen werden gemäss DAC-Direktiven anteilmässig angerechnet.

Gemäss DAC/OECD-Definition umfasst die multilaterale APD allgemeine Beiträge an internationale (intergouvernementale) Entwicklungsinstitutionen, die vom DAC als solche definiert sind. Organisationen wie das IKRK figurieren nicht auf der Liste des DAC und Beiträge an diese Institutionen werden deshalb der bilateralen Hilfe zugerechnet. Der GFATM wurde der DAC-Liste hinzugefügt und die Beiträge an diesen Fonds werden rückwirkend auf 2003 der multilateralen Hilfe zugerechnet.

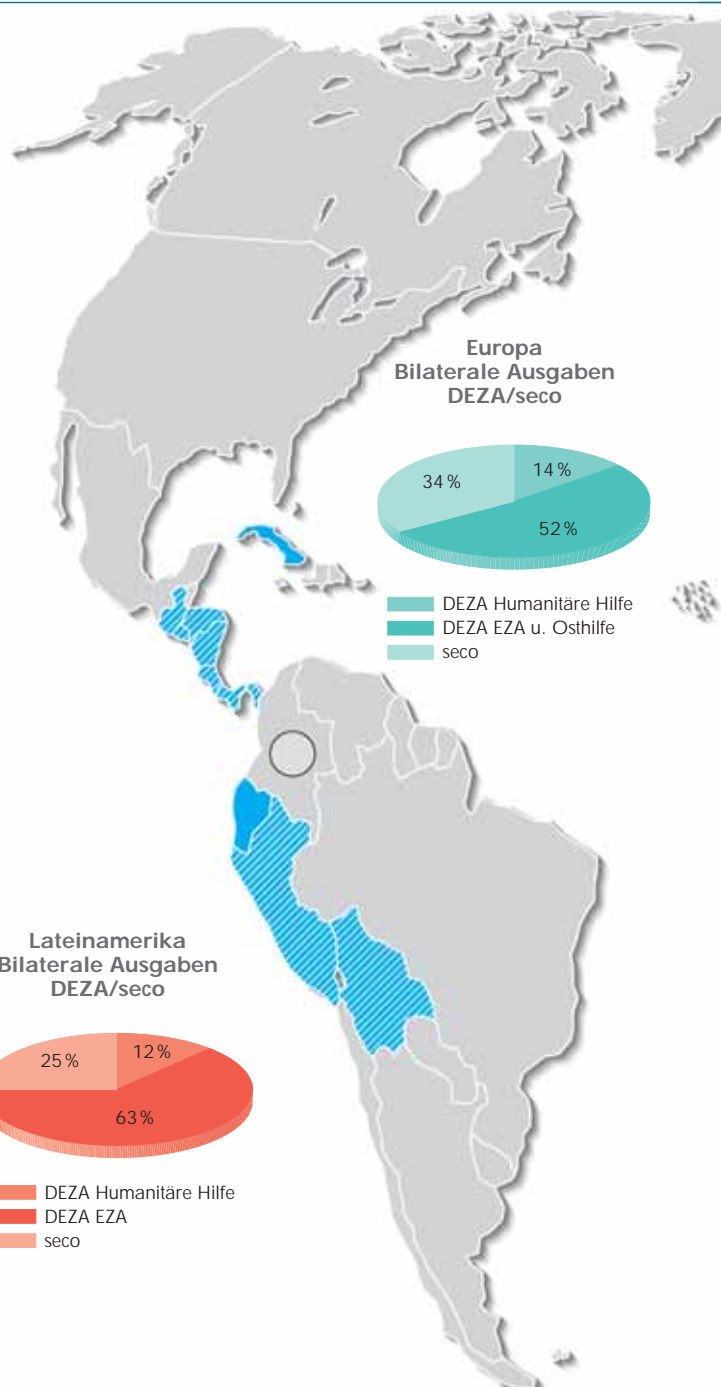
Verglichen mit dem Vorjahr blieb die multilaterale APD insgesamt relativ stabil. Infolge der in der Fussnote zur Tabelle 1 beschriebenen statistischen Anpassungen reduzierte sich jedoch ihr Anteil am Total der APD auf 23%. Die Beiträge an die internationalen Finanzierungsinstitutionen (IFIs) machen weiterhin mehr als die Hälfte der multilateralen APD aus. Bei den IFIs werden jedoch nicht die effektiven Auszahlungen, sondern die hinterlegten «Schuldverschreibungen» (Sichtwechsel) als APD-Beiträge erfasst, was von einem Jahr zum andern zu beträchtlichen Differenzen führen kann.

BILATERALE AUSGABEN DEZA/SECO UND APD

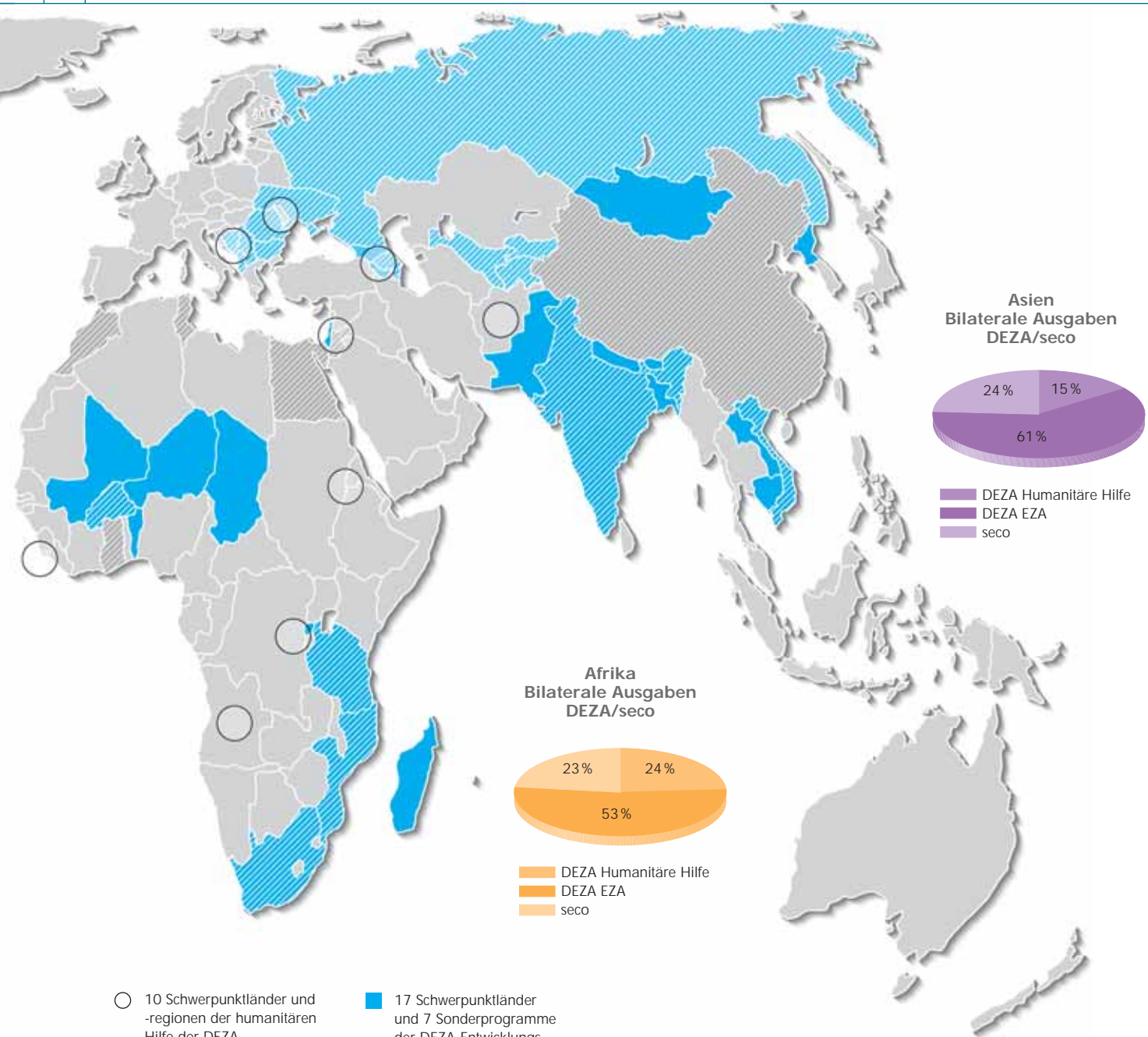
Tabelle 4

Geografische Aufteilung der Ausgaben DEZA/seco und bilaterale APD 2004 (Mio. Fr.)

	DEZA Hum. Hilfe	DEZA EZA u. Ost	seco EZA u. Ost	Total DEZA/seco	APD
Afrika	70.9	159.0	67.9	297.8	318.1
Mosambik	0.4	18.4	13.2	32.1	34.0
Tansania	2.5	18.6	10.7	31.8	32.3
Burkina Faso	0.4	14.6	9.2	24.3	25.4
Madagaskar	2.1	5.5	9.6	17.2	17.8
Tschad	3.9	12.8	–	16.7	17.5
Sudan	13.6	0.3	–	13.9	16.7
Benin	0.1	11.3	–	11.3	11.7
Mali	0.0	10.0	0.1	10.1	10.9
Niger	0.2	9.5	–	9.7	9.8
Ghana	0.2	0.3	9.1	9.5	9.6
Südafrika	0.4	6.0	1.9	8.2	8.8
Ruanda	1.5	6.3	–	7.8	7.9
Angola	7.6	0.1	–	7.7	8.8
Kapverden	3.3	2.8	–	6.1	6.2
Burundi	4.6	1.2	–	5.9	6.1
Kongo (D.R.)	4.1	0.6	–	4.7	6.0
Liberia	4.0	–	–	4.0	4.0
Äthiopien	2.5	1.3	–	3.8	4.0
Uganda	3.4	0.4	–	3.7	4.1
Sierra Leone	3.6	–	–	3.6	4.1
Senegal	0.1	2.6	–	2.8	3.1
Kamerun	0.0	2.6	–	2.6	3.8
Elfenbeinküste	1.1	1.4	–	2.5	2.7
Andere Länder	6.3	8.3	1.3	15.9	18.6
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	4.9	24.2	12.9	42.0	44.3
Lateinamerika	16.0	83.7	33.5	133.2	141.7
Bolivien	0.5	16.3	8.0	24.8	25.3
Peru	3.1	12.8	8.2	24.1	24.8
Nicaragua	0.5	9.7	10.5	20.8	21.5
Ecuador	0.1	9.1	–	9.2	9.7
Kolumbien	4.8	2.9	0.6	8.3	10.0
Haiti	2.8	4.1	–	6.9	7.8
Kuba	1.0	2.4	1.4	4.7	4.8
El Salvador	0.1	2.6	0.3	3.0	3.3
Brasilien	1.1	1.8	–	2.9	3.9
Andere Länder	1.3	7.2	1.4	9.9	11.8
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.9	14.7	3.2	18.7	18.9
Asien	45.8	180.0	69.7	295.5	302.7
Indien	0.1	30.2	4.5	34.8	36.0
Vietnam	0.1	15.0	9.0	24.1	24.6
Afghanistan	12.0	9.4	–	21.4	23.5
Tadschikistan	0.2	5.4	15.1	20.8	21.2
Nepal	1.0	18.3	–	19.3	19.3
Palästina	5.8	10.3	–	16.1	16.7
Pakistan	2.6	13.3	–	15.9	15.9
Bangladesch	1.3	13.3	–	14.6	14.9
Kirgisistan	0.0	8.7	3.6	12.3	13.0
China	0.2	3.2	8.9	12.3	9.0
Usbekistan	–	2.2	10.0	12.2	12.3
Georgien	5.3	3.4	0.5	9.2	10.0
Aserbaidzhan	1.0	1.5	4.0	6.5	3.8
Bhutan	–	6.4	–	6.4	6.6
Indonesien	1.8	2.2	1.7	5.7	3.1
Sri Lanka	3.0	2.1	–	5.1	6.8
Nordkorea	0.7	4.1	–	4.8	4.8
Kambodscha	–	4.1	0.4	4.5	4.5
Laos	–	2.6	0.8	3.4	3.5
Armenien	1.4	2.0	–	3.4	3.8
Mongolei	1.1	1.8	–	2.9	2.9
Andere Länder	7.8	5.6	0.6	14.1	15.5
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.1	15.0	10.5	25.6	31.1



	DEZA Hum. Hilfe	DEZA EZA u. Ost	seco EZA u. Ost	Total DEZA/seco	APD
Europa	19.1	68.1	44.6	131.9	128.7
Serbien-Montenegro	3.1	10.6	12.0	25.6	70.0
Russland	5.5	5.5	4.7	15.7	
Mazedonien	0.0	4.4	10.3	14.7	15.6
Bulgarien	0.4	9.3	3.6	13.3	
Bosnien-Herzegowina	1.1	10.5	1.0	12.6	15.8
Rumänien	0.2	8.8	1.8	10.7	
Albanien	0.0	5.1	3.5	8.6	9.2
Ukraine	0.8	3.2	3.0	7.1	
Republik Moldau	3.3	0.6	–	3.8	4.0
Andere Länder	4.8	3.6	1.5	9.9	2.5
Nicht zuteilbare und regionale Projekte	0.0	6.6	3.2	9.8	11.6
Nicht zuteilbar per Kontinent	98.2	177.7	49.7	325.7	583.7
Total 2004	250.0	668.5	265.5	1184.0	1475.0
Total 2003	244.2	663.7	291.4	1199.4	1270.6



- 10 Schwerpunktländer und -regionen der humanitären Hilfe der DEZA
- 17 Schwerpunktländer und 7 Sonderprogramme der DEZA-Entwicklungszusammenarbeit
- 11 Schwerpunktländer und -regionen der DEZA in Osteuropa und der GUS
- /// 26 prioritäre und wichtige Länder des seco (14 Entwicklungsländer und 12 Transitionsländer)

Tabelle 5
Bilaterale APD nach Einkommenskategorien 2000–2004 (Mio. Fr.)

	2000	2001	2002	2003	2004
Am wenigsten entwickelte Länder (LDC)	275.5	275.9	295.7	341.4	320.4
Länder mit geringem Einkommen	150.4	140.6	187.9	176.4	196.8
Länder mit mittlerem Einkommen	274.1	273.4	264.4	300.8	268.2
Regionale und nicht zuteilbare Projekte	361.4	406.9	444.1	452.0	689.5
Total bilaterale APD	1061.4	1096.9	1192.1	1270.6	1475.0

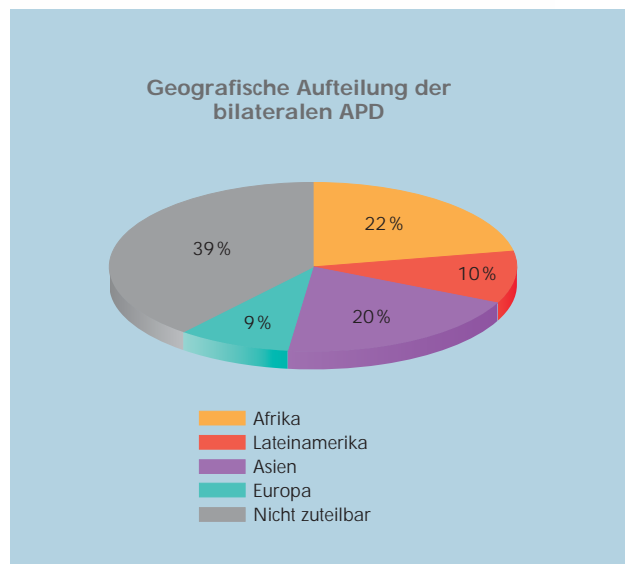


Tabelle 6
Humanitäre Hilfe
der DEZA 2004
(Mio. Fr.)

	Allgemeine Barbeiträge	Ausser- ordentliche Barbeiträge	Nahrungs- mittelhilfe	Total
Internationale Organisationen	30.8	49.1	19.7	99.7
Welternährungsprogramm (WFP)	1.5	18.1	18.2	37.8
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	13.5	16.4	-	29.9
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)	12.7	1.3	-	14.0
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA)	2.2	5.2	-	7.5
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	-	2.8	-	2.8
Andere internationale Organisationen	0.9	5.2	1.5	7.7
Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes	70.5	23.5	-	93.9
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	69.5	23.0	-	92.4
Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRCRCS)	1.0	0.5	-	1.5
Schweizerische NGOs	-	18.9	12.0	30.8
Direkte Aktionen des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH), inkl. admin. Kosten	-	37.9	0.5	38.4
Andere Aktionen der humanitären Hilfe	-	16.9	1.1	18.0
Total humanitäre Hilfe 2004	101.3	146.3	33.2^{a)}	280.9
Total humanitäre Hilfe 2003	98.4	141.7	32.7	272.7

a) 19 Mio. Fr. für schweizerische Milchprodukte und 14 Mio. Fr. für Getreide

2004 gingen etwa 70% der humanitären Hilfe der DEZA an die internationalen Organisationen und an die Organisationen des Internationalen Roten Kreuzes. Die Schweizer NGOs erhielten 11%, das SKH für seine direkten Aktionen (inkl. administrative Kosten) 14% der humanitären Hilfe der DEZA.

Tabelle 7
Einsätze des
Schweizerischen
Korps für huma-
nitäre Hilfe
(SKH) 2004

Fachbereiche	Afrika		Lateinamerika		Asien		Europa		Total	
	Total Einsätze	davon secondments ^{a)}	Total Einsätze	davon secondments	Total Einsätze	davon secondments	Total Einsätze	davon secondments	Total Einsätze	davon secondments
Logistik	32	21	7	2	40	2	19	2	98	27
Bau	21	19	2	-	18	7	18	1	59	27
Medizin	16	3	-	-	23	-	6	3	45	6
Trinkwasser/ Siedlungshygiene	8	7	-	-	5	1	3	-	16	8
Vorbeugung/Vorsorge	-	-	3	1	14	-	21	-	38	1
Information	1	1	-	-	4	-	3	-	8	1
Umwelt/Atom, Biologie, Chemie (ABC)	3	3	-	-	-	-	-	-	3	3
Rettung	-	-	-	-	5	-	2	-	7	-
Andere ^{b)}	-	-	-	-	55	-	-	-	55	-
Total Einsätze 2004	81	54	12	3	164	10	72	6	329	73
Total Einsätze 2003	146	40	12	-	98	20	106	5	362	65

a) Secondments: Zurverfügungstellung von Mitgliedern des SKH an internationale Organisationen

b) Andere: Einsätze des Soforteinsatzteams und der Rettungskette

2004 leistete das SKH insgesamt 29'744 Einsatztage.

Tabelle 8
Bilaterale
Entwicklungszu-
sammenarbeit
der DEZA nach
Sektoren 2004
(Mio. Fr.)

	Landwirtschaft	Wasser, Infrastruktur, Transport	Umwelt	Gesundheit, Bevölkerung	Erziehung, Kunst, Kultur	Privatsektor, Finanzsektor	Verwaltung des öffentlichen Sektors	Multisektoriell	Total
Afrika	20.6	17.0	6.7	30.0	17.2	8.2	19.7	39.5	159.0
Tansania	1.2	5.0	0.1	8.1	0.2	0.1	1.0	3.0	18.6
Mosambik	1.7	2.8	0.4	6.3	0.7	0.1	3.1	3.3	18.4
Burkina Faso	0.2	1.0	0.3	0.2	4.0	2.1	0.4	6.5	14.6
Tschad	1.7	1.6	-	0.9	0.1	0.8	0.1	7.6	12.8
Benin	0.2	0.4	-	5.3	2.2	0.2	0.2	2.8	11.3
Mali	1.4	0.0	0.4	1.6	0.5	0.7	3.1	2.4	10.0
Niger	2.8	2.5	0.0	0.3	1.0	0.0	0.4	2.5	9.5
Ruanda	0.0	0.2	-	1.1	0.3	-	3.7	0.9	6.3
Südafrika	-0.1	0.1	-	0.4	2.8	0.0	1.4	1.4	6.0
Madagaskar	5.0	-	0.0	-	0.0	-	0.2	0.3	5.5
Lateinamerika	19.7	7.9	10.6	3.1	5.3	14.1	7.0	16.0	83.7
Bolivien	4.0	0.0	2.3	0.3	0.2	4.3	2.8	2.5	16.3
Nicaragua/Zentralamerika	2.6	3.5	2.1	0.7	1.5	2.9	1.4	1.6	16.3
Peru	1.7	2.4	2.0	0.7	1.2	0.0	1.7	3.1	12.8
Ecuador	2.2	0.0	1.3	0.4	0.2	2.7	0.1	2.3	9.1
Kuba	0.9	-	0.6	-	0.2	0.0	0.3	0.4	2.4
Asien	30.1	14.7	21.2	8.6	23.8	10.3	20.5	23.0	152.2
Indien	11.2	-	3.7	0.4	3.1	5.1	1.7	4.8	30.2
Vietnam/Mekong	3.5	3.3	5.7	3.8	2.2	0.2	2.9	0.1	21.7
Nepal	2.6	6.8	2.6	1.1	1.1	0.4	1.2	2.4	18.3
Bangladesch	2.5	0.9	0.3	0.8	4.7	1.2	-	2.9	13.3
Pakistan	1.7	0.4	2.6	0.0	2.3	1.7	2.5	2.0	13.3
Palästina	-	0.0	0.9	1.3	3.2	-	2.4	2.4	10.3
Bhutan	1.9	0.4	0.0	-	2.8	-	1.0	0.3	6.4
Nordkorea	2.5	-	0.1	-	-	0.1	-	1.5	4.1
Europa	0.7	-	0.2	-	2.1	0.0	0.0	0.5	3.5
Nicht zuteilbar per Kontinent	7.7	4.0	12.3	6.9	14.5	6.3	4.6	106.6	163.0
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA 2004	78.8	43.6	51.1	48.7	62.8	38.9	51.8	185.6	561.3
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA 2003	83.2	57.7	53.8	40.8	62.3	38.8	40.1	184.8	561.5

Diese Tabelle veranschaulicht die Politik der geografischen Konzentration der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit der DEZA auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie 7 Sonderprogramme. In den meisten dieser Länder verfügt die DEZA über eine langjährige Erfahrung der Zusammenarbeit sowohl mit den Regierungen wie auch den Akteuren der Zivilgesellschaft. Mehrjährige Zusammenarbeitsprogramme bilden einen Referenzrahmen für die sektorielle Ausrichtung jedes Programmes in diesen Ländern. Die DEZA engagiert sich nebst anderem zunehmend in der Koordination der Geldgeber und Harmonisierung ihrer Aktivitäten vor Ort (2004 insbesondere in Mosambik und im Gesundheitssektor in Mali). Trotz schwieriger Situationen in mehreren Partnerländern konnten die Programme 2004 grösstenteils wie vorgesehen durchgeführt werden. Das Spezialprogramm für Ruanda wurde weiterverfolgt, mit einem besonderen Akzent in den Bereichen Sicherheit und Friedensförderung. Das Programm in Nepal musste angesichts der sich verschlimmernden Lage angepasst und in erster Linie auf den Schutz der Menschenrechte ausgerichtet werden.

Tabelle 9
Bilaterale Zusammenarbeit des seco mit Entwicklungsländern nach Instrumenten und Kontinenten 2004 (Mio. Fr., effektive Ausgaben)

Instrumente	Afrika	Lateinamerika	Asien	Andere	Total
Budgethilfe	37.5	9.0	0.2	5.7	52.4
Mischfinanzierung	0.8	0.2	7.5	0.0	8.5
Handelsförderung	5.7	10.9	8.5	15.7	40.7
Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	14.0	11.2	18.8	5.3	49.3
Infrastruktur, Studien und verschiedene Massnahmen	0.4	1.6	0.2	5.7	7.9
Entschuldungsmassnahmen ^{a)}	9.6	0.6	-	-	10.2
Total 2004	67.9	33.5	35.2	32.5	169.1
Total 2003	98.9	26.5	34.1	35.6	195.1

a) 2004 hat die Schweiz den Entwicklungsländern bilaterale Schulden im Wert von 10.2 Millionen Franken erlassen. Diese Entschuldungsmassnahmen werden der APD zugerechnet, haben aber keinen Einfluss auf das Budget der Entwicklungszusammenarbeit.

Der Schwerpunkt der wirtschafts- und handelspolitischen Zusammenarbeit des seco liegt nach wie vor in Afrika, gefolgt von Asien und Lateinamerika. In den letzten Jahren und insbesondere seit der Einführung der Strategie 2006 wurde die geografische Koordination verstärkt vorangetrieben. Bis 2006 wird das seco 80% seiner Mittel für 14 prioritäre Länder des Südens einsetzen. Daneben werden weiterhin regionale Projekte durchgeführt, die besonders im Bereich der Handels- und Investitionsförderung oft wirksamer sind als isolierte Projekte für einzelne Länder.

Grafik 3
Zusammenarbeit des seco mit Entwicklungsländern nach Instrumenten 2004 (in %)

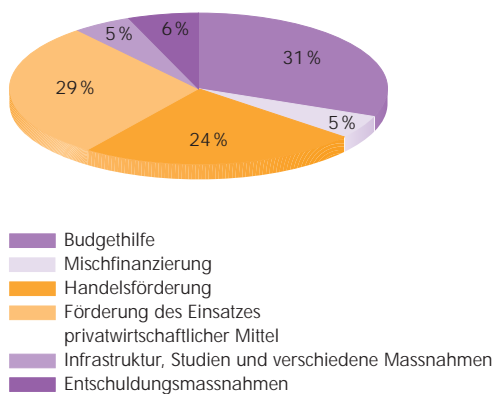


Tabelle 10
Bilaterale Zusammenarbeit DEZA/seco mit Osteuropa und der GUS nach Sektoren und Regionen 2004 (Mio. Fr.)

DEZA technische Zusammenarbeit	Mittel-europa	Südost-europa	GUS a)	Nicht zuteilbar	Total
Politik und Staatsaufbau	–	10.9	5.4	0.0	16.4
Wirtschaft/Bildung	0.1	9.4	1.4	0.0	10.8
Wissenschaft/Kultur	0.1	12.4	3.4	1.4	17.3
Landwirtschaft	0.0	4.2	5.8	0.1	10.1
Gesundheit/Soziales	–	9.8	3.7	–	13.5
Energie/Umwelt	0.0	6.4	10.3	0.7	17.3
Andere Sektoren	0.0	9.8	7.3	4.6	21.7
Total DEZA 2004	0.2	62.9	37.3	6.9	107.2

seco wirtschaftliche Zusammenarbeit	Mittel-europa	Südost-europa	GUS a)	Nicht zuteilbar	Total
Energie	1.5	17.6	6.1	–	25.2
Umwelt	–	2.9	11.8	–	14.7
Infrastruktur	–	3.8	3.1	–	6.9
Finanzsektor	–	3.5	5.8	6.0	15.2
Handel	–	2.1	5.6	4.3	12.0
Investitionsförderung	–	0.7	6.2	1.5	8.4
Andere Sektoren	–	4.8	4.7	4.4	13.9
Total seco 2004	1.5	35.5	43.3	16.1	96.4

Total DEZA/seco 2004	1.7	98.3	80.5	23.0	203.6
Total DEZA/seco 2003	1.3	103.9	70.4	22.8	198.5

a) Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Die Programme im Bereich der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas und der GUS werden von DEZA und seco gemeinsam definiert. Die finanziellen Mittel werden in Form gemeinsamer Rahmenkredite beantragt.

Die DEZA setzt ihre Mittel zur Förderung von Demokratisierung, Wirtschafts- und Sozialreformen ein. Zu den Schwerpunkten gehören die Stärkung öffentlicher und privater Institutionen, gute Regierungsführung, Einkommensförderung, Reformen des Bildungs- und Gesundheitssektors sowie die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Das seco unterstützt in erster Linie den Ausbau der Basisinfrastruktur, wozu auch etliche Projekte aus den Sektoren Energie und Umwelt gezählt werden können. Weitere Schwerpunkte liegen im Finanzsektor, in der Entwicklung des Privatsektors sowie in der Förderung von Investitionen und Handel.

Grafik 4
Zusammenarbeit DEZA/seco mit Osteuropa und der GUS nach Instrumenten (Mio. Fr.)

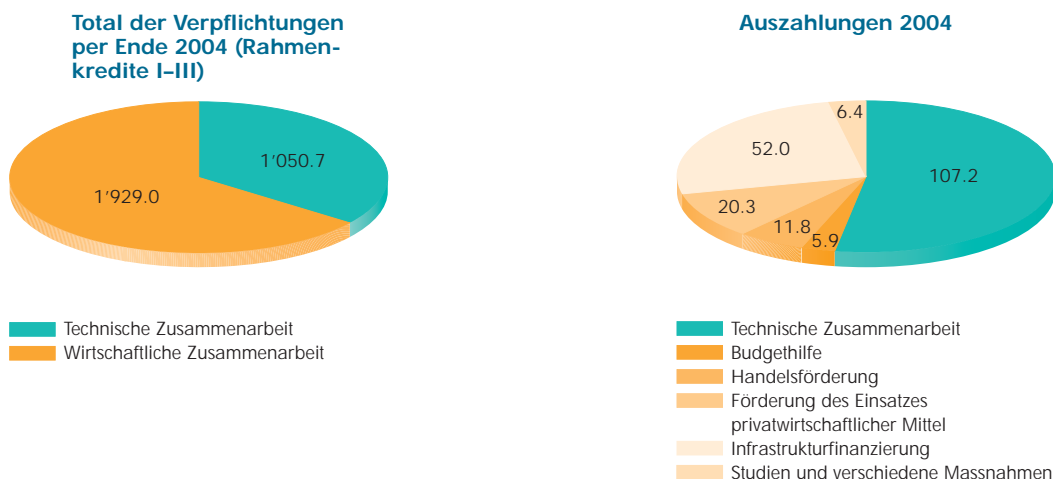


Tabelle 11

 Zusammenarbeit
 DEZA/seco mit
 den schweizeri-
 schen Hilfswer-
 ken (NGOs) 2004
 (Mio. Fr.)

NGOs	DEZA Programm- beiträge	Spezifische Mandate			Total
		DEZA hum. Hilfe	DEZA EZA u. Ost	seco	
Helvetas	11.6	0.1	23.3	2.4	37.4
Intercooperation	–	–	35.7	1.5	37.1
Swisscontact	5.4	–	16.5	0.1	22.0
Caritas Schweiz	4.5	5.9	2.5	–	12.9
Freiwilligeneinsätze UNITE	8.3	–	–	–	8.3
Swissaid	6.5	–	0.2	–	6.7
Schweizerisches Rotes Kreuz	3.2	2.6	–	0.6	6.4
Terre des Hommes	2.3	3.9	–	–	6.2
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	3.8	0.8	1.1	–	5.7
Brot für alle (BFA)	4.3	–	0.2	0.2	4.6
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH)	1.5	0.1	2.5	–	4.1
Heilsarmee	–	2.0	1.8	–	3.8
Fédération genevoise de coopération (FGC)	3.7	–	0.0	–	3.7
Ärzte ohne Grenzen (MSF)	–	2.5	0.9	–	3.4
Fastenopfer	3.2	–	–	–	3.2
Stiftung Kantha Bopha	–	–	3.0	–	3.0
Stiftung Bildung und Entwicklung	–	–	2.6	–	2.6
Medair	–	2.5	–	–	2.5
Zentrum für Information, Beratung und Bildung (CINFO)	–	–	2.1	–	2.1
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKIP)	1.2	0.0	0.2	–	1.5
Terre des Hommes Schweiz (Genf)	–	1.5	–	–	1.5
Schweizerische Vereinigung für Orthopädie in Tansania (SVOT)	–	–	1.4	–	1.4
SolidarMed	–	1.1	0.3	–	1.4
Vétérinaires sans Frontières (VSF)	–	1.3	0.0	–	1.3
Schweizerische Friedensstiftung	–	–	1.2	–	1.2
Association dev.tv	–	–	1.1	–	1.1
Andere NGOs	1.2	6.6	14.7	0.7	23.2
Total 2004	60.7	30.8	111.3	5.4	208.2
Total 2003 ^{a)}	60.3	27.3	117.3	2.9	207.7

a) Revidierte Zahlen

DEZA und seco haben im Laufe der Jahre zur Umsetzung der von ihnen finanzierten Programme und Projekte ein umfangreiches Netz an Partnerorganisationen aufgebaut. Die Zusammenarbeit kann in verschiedener Form erfolgen: Programmbeiträge, Mandate für Projekte oder spezifische Aufgaben (Studien, Recherchen, technische Expertisen, etc.) oder Kofinanzierungen. Die Partner der Zusammenarbeit sind vielfältig und variieren je nach unterstütztem Programm oder Projekt: Nichtregierungsorganisationen, Konsulenten, private Unternehmen, internationale Organisationen oder (halb-)staatliche Institutionen. Die schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind für die Umsetzung der DEZA Projekte und Programme wichtige Partner geblieben. Die DEZA unterstützte die Entwicklungsprogramme von 19 grösseren NGOs oder NGO-Dachorganisationen mit finanziellen Beiträgen. Diese Beiträge wurden 2004 neu ausgehandelt und die entsprechenden Verträge standardisiert.

Diese Tabelle zeigt eine Übersicht der Zusammenarbeit von DEZA und seco mit Schweizer NGOs basierend auf den Beiträgen an diese Organisationen im Jahr 2004.

Die Jahrestagung der **Humanitären Hilfe** am 26. März in Genf war den «vergessenen Krisen» gewidmet, die jedes Jahr Tausende von Todesopfern und Hunderttausende Vertriebener fordern. Im Mittelpunkt standen drei Regionen: Sri Lanka, Tschernobyl und die Region der Grossen Seen in Afrika. Nebst anderen Aktivitäten übernimmt die DEZA die Anwaltschaft für die Opfer.

Wie trägt die Schweiz zur Stärkung der Demokratie und zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in Südafrika bei? Am 20. August befasste sich die Jahreskonferenz der **Entwicklungszusammenarbeit** in St. Gallen mit den zahlreichen Perspektiven der Zusammenarbeit. Über 1'700 Gäste kamen zur Konferenz mit dem Thema «10 Jahre neues Südafrika: Eine Partnerschaft für die Jugend».

Der 9. «**Focus Osteuropa**» fand am 2. November in Zürich statt. Er befasste sich mit der politischen Transition in Südosteuropa, wobei die Diskussionen über die Beziehungen zwischen Staat und Bürgern im Mittelpunkt standen. An dieser Jahreskonferenz der Schweizer Zusammenarbeit mit dem Osten sprachen sich Fachleute aus dem Balkan und der Schweiz für einen besseren Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Entscheidungsprozess aus.

Impressum

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA),
Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA),
3003 Bern, Tel.: 031 322 44 12, Fax: 031 324 13 48
Internet: www.deza.admin.ch
E-mail: info@deza.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco),
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),
3003 Bern, Tel.: 031 322 56 56, Fax: 031 322 56 00
Internet: www.seco-cooperation.ch
E-mail: info@seco-cooperation.ch

Redaktion/Koordination: Catherine Vuffray, DEZA

Text: Jane-Lise Schneeberger, Pont-la-Ville

Statistiken: Christiane Sollberger, DEZA

Catherine Graf Lutz, DEZA

Gestaltung: etter grafik+co, Zürich

Fotos: 1. und 4. Umschlagseiten: Thomas Schulze/
Keystone; 1. Umschlagseite: Jayanta Dey/Keystone;
Seite 3: DEZA, seco; Seite 4: Alexandre Meneghini/
Keystone; Seite 5: Ali Burafi/Keystone; Seite 6: Prakash
Hatvalne/Keystone; Seite 7: Musa Sadulayev/Keystone;
Seite 8: Greg Baker/Keystone; Seite 9: Andy Eames/
Keystone; Seite 10: Barbara Walton/Keystone; Seite 11:
Robert Ghement/Keystone

Der Jahresbericht ist in Deutsch, Französisch, Italienisch
und Englisch erhältlich. Weitere Exemplare können bestellt
werden bei: info@deza.admin.ch oder 031 322 44 12.

ISBN 3-03798-066-4
6.2005 15000 860135718

